

Hauke Jagau
Präsident für die Region Hannover der SPD

**Rede zur Delegiertenkonferenz am 25.03.2006 in Burgdorf
(es gilt das gesprochene Wort)**

Anrede

Ggf. Bemerkung zu den Grußworten

Erneut Anrede

Ich halte hier heute eine Nominierungsrede. Das ist erstaunlich, weil ihr mich bereits vor ca. einem Jahr als SPD-Kandidaten nominiert habt und weil ihr mich seitdem als „unser Mann für die Region“ behandelt. Nichtsdestotrotz müssen wir natürlich den gesetzlichen Vorschriften genügen und deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, bewerbe ich mich gerne erneut bei euch und bitte um euer Vertrauen als SPD-Kandidat für die Wahl zum Präsidenten der Region Hannover.

Trotzdem ist die Situation vor einem Jahr und heute für mich nicht vergleichbar. Viele Genossinnen und Genossen, die Kommunalpolitik vor Ort machen, bei denen ich im letzten Jahr vielleicht gerade mal das Gesicht kannte, kenne ich inzwischen aus der Arbeit vor Ort. Ich konnte erleben, wie vielfältig, unterschiedlich und jeweils auf die örtlichen Gegebenheiten zugeschnitten die politischen Handlungskonzepte in unserer Region Hannover sind.

Es war ein schönes und vor allem sehr interessantes Jahr und ich freue mich auf die nächsten Monate Wahlkampf gemeinsam mit euch!

Wenn ich in der letzten Zeit öfter gefragt werde, wann beginnt denn der Wahlkampf, antworte ich: „Vor einem Jahr“. Ich habe in der Zwischenzeit viele positive Reaktionen erfahren und viele Menschen kennen gelernt, die mich – obwohl sie nicht unserer Partei angehören – unterstützen und die uns von ganzem Herzen Erfolg wünschen. Schon deshalb, weil sie sich eine starke Region Hannover wünschen und weil sie nicht möchten, dass die Schlachten von gestern geschlagen werden. Wenden wir uns lieber den Herausforderungen von morgen zu!

Ich bin seit meiner parteiinternen Nominierung, wann immer ich kann, in der Region unterwegs,

- um sie besser kennen zu lernen,
- um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen,
- um mich mit denen auszutauschen, die am wirtschaftlichen Leben der Region teilnehmen,
- um an kulturellen Veranstaltungen teilzunehmen
- aber auch, um die sozialen Einrichtungen und die vielen ehrenamtlich engagierten Menschen und die dahinter stehenden Konzepte besser kennen zu lernen.

Die Begegnungen mit den Menschen bei diesen Terminen sind gut, weil ich eine große Offenheit und ein Interesse für den Austausch über meine Vorstellungen und

Konzepte zur Führung der Region Hannover erlebe. Ich habe viele engagierte sozialdemokratische Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker erlebt, die mit Verve und Sachverstand über ihre Projekte und Herausforderungen berichtet haben. Die in den Ortsteilen/Stadtteilen verankert sind und oft über die Parteigrenzen hinweg viel Zeit und Kraft für gute Projekte aufbringen.

Sie sind aber auch deshalb gut, weil ich erlebe, was für einen gut aufgestellten und breit gefächerten Mittelstand wir in der Wirtschaft haben. Engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer, die bei ihren Planungen und Handlungen das Thema Erhalt von Arbeitsplätzen in ihrem Blickwinkel haben, die mit ihren guten Ideen auch zukünftig einen wesentlichen Schwerpunkt in dieser Region Hannover setzen wollen.

Allerdings ist es auch vielen dieser mittelständischen Unternehmen nicht mehr möglich, aufgrund des Preiswettbewerbes vollständig in Deutschland zu produzieren. Sie arbeiten mit europäischen Partnern zusammen und lassen insbesondere im osteuropäischen Raum teilproduzieren. Dass das Auswirkungen hat auf die Arbeitsangebote insbesondere im niedrig-qualifizierten Bereich, ist jedem von uns hier im Raum klar und wir werden als SPD in der Region Hannover die Internationalisierung der Wirtschaftsbeziehungen, auch wenn wir sie aufgrund der Auswirkungen für unsere niedrig qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer problematisch finden, nicht aufhalten können.

Es ist, Genossinnen und Genossen, unsere Aufgabe, regionale bzw. lokale Handlungskonzepte zu entwickeln, um den ungebremsten Folgen einer solchen Internationalisierung gegenzusteuern. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen stärken und ihnen Mut machen, in der Region Hannover in kluge Köpfe und in neue Produkte zu investieren.

Ich bin noch dabei, meine Erfahrungen und Eindrücke aus dem ersten Jahr als Kandidat für das Amt des Präsidenten der Region Hannover zu beschreiben. Es gibt eine große Vielfalt an Projekten, die sich um Menschen kümmern. Projekte die ganz unabhängig davon, ob sie einen christlichen, einen humanitären, sozialen oder politischen Ursprung haben, unseren sozialdemokratischen Werten nahe stehen.

Dem Streben nach einer sozial gerechten Gesellschaft, in der Brüderlichkeit, Schutz der Schwächeren verbunden mit Freiheit und dem Kampf um mehr Chancengerechtigkeit ihren Ausdruck finden.

Das sind Initiativen wie der Verein „mobile“ in Pattensen, der in ganz unterschiedlichen Ansätzen Familienarbeit leistet und der z. B. eine offene Tür für alle, die Kinder betreuen, bereithält, wo sich die Erziehenden austauschen können, einen Kaffee trinken können und umgekehrt auch Spielräume für die Kinder vorhanden sind.

Da sind die Hannoverschen Werkstätten, in denen das andere das normale ist und die vielen Menschen Arbeit und Beschäftigung und damit auch eine gesellschaftliche Wertschätzung geben.

Da ist eine Initiative in der Südstadt in Burgdorf, die gemeinsam mit der Stadt unmittelbar in einem Wohngebiet mit hohem Migrationsanteil eine Anlaufstelle eingerichtet hat, in der z. Teil professionell aus dem Bereich der Jugendhilfe Angebote vorgehalten werden, in der aber auch viele Ehrenamtliche tätig sind. Die

von der Hausaufgabenhilfe bis hin zu Alphabetisierungskursen Angebote vorhält, um die Lebenssituation von Menschen zu verbessern. Oder der Treffpunkt „Allerweg“ in Linden-Süd, der zu einem wichtigen Anlaufpunkt für Menschen verschiedener Nationalitäten geworden ist.

Ich könnte und ich müsste die Liste noch deutlich fortsetzen, weil die Vielzahl und die Unterschiedlichkeit der Projekte mir gezeigt hat, dass in der Region Hannover Solidarität und Einsatzbereitschaft für das Gemeinwohl keine Fremdwörter sind. Das soll so bleiben.

Wir Sozialdemokraten werden gemeinsam mit den Menschen in den Städten und Gemeinden die richtigen Handlungskonzepte für die vor uns stehenden Aufgaben entwickeln und umsetzen.

Anrede

Ich bin mir auch deshalb sicher, dass wir die Region Hannover erfolgreich weiterentwickeln, weil Michael Arndt gemeinsam mit den Dezernenten, der Regionsversammlung und der Regionsverwaltung die Region Hannover auf das richtige Gleis gesetzt hat.

- Die Fusion der Krankenhäuser ist vollzogen, das Klinikum Hannover arbeitet als GmbH und ist dem Ziel, eine gute medizinische Versorgung für die Bevölkerung anzubieten und zugleich wirtschaftlich wettbewerbsfähig zu sein, ein gutes Stück näher gekommen.
- Die Fusion der Sparkassen ist vollzogen und die Sparkasse Hannover als Regionssparkasse hat sich gut entwickelt. Zum ersten Mal sind wieder Gewinne zu verbuchen.
- Das neue Berufsschulkonzept hat sich bewährt. Die Schwerpunktbildung innerhalb der Berufsschulen war wichtig, um auch mittelfristig gewährleisten zu können, dass eine optimale Ausbildung gerade an den sehr teuren Maschinen durch die Berufsschulen gewährleistet bleibt.
- Wir haben in der Region Hannover eine öffentliche Infrastruktur, die sich sehen lassen kann. Das gilt auch oder gerade für den ÖPNV, der durch das S-Bahn-Netz weiter verbessert wurde. Die FIFA hat im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft alle Standorte getestet und kam zu einem klaren Ergebnis: Hannover hat die beste Verkehrsinfrastruktur aller WM-Städte. Alles andere hätte mich auch gewundert!
- Auch hannover-impuls, das gemeinsame Projekt der Region mit der Landeshauptstadt Hannover zur Stärkung der Wirtschaft, kann beachtliche Erfolge verbuchen. Der Ansiedlungswettbewerb „Plug & work“ hat neue Unternehmen in die Region gebracht und ist zu einer Marke geworden, um die uns andere Regionen beneiden. In diesen Tagen wird zudem der „Hannover Innovation Fonds“ seine Arbeit aufnehmen. Es ist der erste regionale Beteiligungsfonds seiner Art in Deutschland; er wird jungen Unternehmen aus der Region einen guten Start ermöglichen.

- Wir müssen dieses Projekt weiter fortsetzen und überprüfen, inwieweit die angewandten Methoden auch noch in anderen Bereichen zu Erfolgen führen können.

Anrede

Wir müssen in der Region Hannover die Zukunft weiter gestalten, weil es all diese Projekte ohne uns nicht gäbe. Wenn wir uns einmal einen Moment zurücklehnen und überlegen, wie die Kolleginnen und Kollegen der CDU Fraktionen in den kommunalen Gremien agieren, dann stellen wir immer wieder das gleiche Handlungsmuster fest. Zunächst wird jede neue Idee grundsätzlich in Frage gestellt. Dann werden Verzögerungsanträge gestellt und Zeit für die Fraktionsberatung eingefordert und am Ende wird, falls überhaupt, mit einer teilkritischen Argumentation zugestimmt, damit man für den Fall des Erfolges doch noch dabei war.

So, Genossen und Genossinnen, kann man nicht den Herausforderungen dieser Zeit begegnen.

So verspielt man die vorhandenen Potenziale, und dass das Aussitzen von Problemen ein Verrat an den Chancen der Menschen ist, sollte jedem, der Politik macht, klar sein.

Anrede

Ich will an dieser Stelle noch einmal die alles überragende Aufgabenstellung ansprechen, die aus meiner Sicht die Region hat.

Wir müssen dafür sorgen, dass in dieser Region die Arbeitsplätze erhalten bleiben und neue geschaffen werden! Wir müssen in dem Wettbewerb der Regionen in Europa erfolgreich sein und wachsen.

Wenn das gelingt, werden wir die Kraft und die Ressourcen haben, alle anderen wichtigen Aufgaben zu erfüllen.

Ich will für die wichtigsten Arbeitsfelder beschreiben, was wir dafür tun müssen!

Region als Wachstumsraum trotz veränderter Bevölkerungsentwicklung

In der letzten Woche haben wir deutlich das Ausmaß des Geburtenrückgangs in allen Medien präsentiert bekommen. Obwohl es reizvoll ist, über die Ursachen für die mangelnde Bereitschaft, Kinder zu bekommen, zu diskutieren, verkneife ich mir das jetzt und beschäftige mich mit den Folgen.

Erste Folge wird sein, dass es in der Zukunft verstärkt Wanderungsbewegungen geben wird. Die wirtschaftlich erfolgreichen Regionen werden weiter wachsen. Andere Landstriche werden zunehmend bevölkerungsarm werden und Schwierigkeiten bekommen, ihre Infrastruktur aufrecht zu erhalten, wie wir es in den neuen Bundesländern bereits seit einiger Zeit erleben.

Die Region Hannover gehört zu den wachsenden Regionen in Deutschland – und ich will mit euch gemeinsam alles dafür tun, dass dies auch in Zukunft so ist.

Bereits in den letzten zehn Jahren ist die Region Hannover nicht durch Geburten, sondern durch Zuzüge gewachsen. Diesen Prozess müssen wir aufrechterhalten, um die Angebote im öffentlichen Nahverkehr, aber auch um die Vielfalt an kulturellen Angeboten, an Bildungs- und Serviceeinrichtungen aufrechterhalten zu können. Und

auch, um junge, kreative und intelligente Menschen gewinnen und uns im Wettbewerb mit anderen Großstadtregionen behaupten zu können.

Die Entscheidungskriterien, ob Menschen in die Region Hannover ziehen, sind einfach:

- Gibt es Arbeit,
- gibt es bezahlbaren Wohnraum für Familien,
- gibt es flexible Betreuungsangebote und gute Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten,
- ist die Region Hannover ein Raum, in dem man leben möchte?

Im Bereich von wirtschaftlichen Ansiedlungen kommen die Fragen dazu:

- wie ist die Infrastruktur,
- welche Kooperations- und Kommunikationsstrukturen gibt es,
- gibt es Forschungs- oder Wirtschaftspartner, durch deren Nähe Preis- oder Effizienzvorteile erzielt werden können,
- gibt es ein wirtschaftsfreundliches Klima und einen konstruktiven Dialog zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen?

Wir werden unsere Potenziale nutzen und weiter ausbauen müssen, wenn wir wirtschaftlich erfolgreich sein wollen:

- die zentrale Lage und die exzellente Verkehrsanbindung der Region,
- das Image als international führender Messestandort,
- die Vielfalt an Hochschulen und Forschungseinrichtungen, aus denen viele Talente hervorgehen,
- die vielen mittelständischen Unternehmen, die das wirtschaftliche Rückgrat der Region Hannover ausmachen,
- das Handwerk und nicht zuletzt
- die vielen gut ausgebildeten und engagierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Ich spreche im folgenden viele Themen an, die in die Zuständigkeit der Kommunen gehören.

Ich muss das, weil wir insgesamt nur erfolgreich sein werden, wenn Städte und Gemeinden und als Dach darüber die Region Hannover gemeinsam und im Dialog partnerschaftlich kooperativ die Aufgabenerledigung optimieren.

Ich mache das auch, weil ich als Bürgermeister weiß, welche Themen vor Ort relevant sind, wo es den Menschen unter den Nägeln brennt.

Ich bin weder dazu bereit noch mental dazu in der Lage, mich hinter Zuständigkeitsvorschriften zu verstecken, sondern mische mich ein.

Um das sehr klar zum Ausdruck zu bringen, ich will niemandem und werde auch in Zukunft niemandem Aufgaben wegnehmen. Ich werde mich aber auch in einer gesellschaftspolitischen Debatte, die ganzheitliche Lösungsansätze notwendig hat, einmischen mit dem Ziel, gemeinsam vernünftige Lösungen zu entwickeln. Ich bin nicht der Typ, der wegguckt, nur weil es bequemer ist.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Wenn wir uns wünschen, dass gerade auch gut qualifizierte junge Männer und Frauen Kinder bekommen, also Familien gründen, müssen wir die Betreuungsmöglichkeiten in der Region konsequent weiter ausbauen und den Bedürfnislagen der Familien anpassen.

Ich habe das Gefühl, dass dieses in den letzten Monaten sehr viel stärker als in der Vergangenheit begriffen wurde. Ich habe auch irritiert zur Kenntnis genommen, dass Frau von der Leyen so tut, als ob die von der rot-grünen Bundesregierung veranlassten gesetzlichen Änderungen zur Verbesserung der Betreuungsmöglichkeiten von ihr stammen. In jedem Fall ist es im Ergebnis richtig, dass sich die Betreuungsangebote deutlich verbessern werden.

Der Ansatz ist richtig, dass die Region hier die Gesamtplanungsverantwortung hat, die tatsächliche Umsetzung aber in den Städten und Gemeinden erfolgt. Es ist sinnvoll, dass die Entscheidungen möglichst ortsnahe gefällt werden. In den Kindertagesstätten wird es nicht nur um eine Ausweitung und Flexibilisierung gehen. Es wird in den nächsten Jahren erhebliche Veränderungen durch eine neue Qualitätsdebatte und durch die Erkenntnisse geben, dass Lern- und Bildungsangebote nicht erst mit sechs Jahren beginnen dürfen. Wir müssen die natürliche Neugier der Kinder viel besser nutzen und die natürliche Bereitschaft zum Lernen fördern.

Da wir selbst immer weniger werden, wird zukünftig der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund weiter steigen. Deshalb müssen wir viel früher in die Sprachförderung einsteigen. Es reicht nicht, ein halbes Jahr vor Schulbeginn mit dem Deutschunterricht zu beginnen. Sprachvermittlung muss so früh wie möglich kindgerecht starten, weil sonst die Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht überhaupt nicht gegeben ist.

Wir brauchen flächendeckende Ganztagschulangebote in dafür gut ausgestatteten Schulen. Die Kommunen brauchen hierfür die notwendige Finanzausstattung, die das Land zur Verfügung stellen muss. Das von der rot-grünen Bundesregierung aufgelegte Ganztagschulprogramm, das ein erster und sehr wichtiger Schritt in die richtige Richtung war, wäre übrigens zukünftig nach der jetzt geplanten Föderalismusreform nicht mehr möglich.

(Nicht nur deshalb, aber auch wegen der Veränderungen bei den Zuständigkeiten in der Bildung, halte ich die bisher diskutierten Ergebnisse für gefährlich, weil Deutschland sich am Ende vom Bündnisstaat zum Staatenbund entwickeln wird.)

Bildung – Ausbildung

Da wir weniger Kinder haben, müssen wir noch deutlich stärkere Anstrengungen unternehmen, dass jedes einzelne Kind eine bestmögliche Bildung und eine optimale Förderung erhält. Weil wir mit weniger Menschen möglichst mehr erwirtschaften müssen, aber auch, weil es für uns immer schwieriger werden wird, für unqualifizierte Menschen genügend Arbeit zu haben. Deshalb können wir uns nicht leisten, Bildungsreserven bzw. Qualifikationsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern zu verschenken.

Ganz im Gegenteil, wir müssen jedem Einzelnen ein größtmögliches Maß an Förderung zukommen lassen, um die Berufsaussichten zu verbessern. Leider gelingt es uns bisher nur unzureichend, sicherzustellen, dass alle Schülerinnen und Schüler nach der Schule in ein Ausbildungs-, Bildungs- oder Beschäftigungsverhältnis wechseln.

Wir werden daher mit unseren Erfahrungen als Träger der Berufsschulen, mit unseren Steuerungsmöglichkeiten durch die ARGE, mit den vielfältigen und oft in privater wie in kommunaler Trägerschaft befindlichen Bildungseinrichtungen, mit den Handwerkskammern, mit den Industrie- und Handelskammern und den ihnen angehörigen Firmen ein Konzept entwickeln, das auf dem Bestehenden aufbauend die Lücken schließt, durch die heute gerade niedrig qualifiziertere Jugendliche fallen.

Der Ansatzpunkt wird nicht erst nach der Schule sein, wir müssen früher, noch während der Schulzeit, ansetzen.

Wir werden zu diesem Thema vor der Sommerpause einen Workshop veranstalten, um mit den Praktikern gemeinsam an dem Konzept zu arbeiten.

Es ist unsere Aufgabe sicherzustellen, dass Schülerinnen und Schüler so qualifiziert werden, dass sie sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten können und es ist verdammt noch mal unsere Pflicht sicherzustellen, dass jungen Menschen das Gefühl erspart bleibt, mit ihren Fähigkeiten in dieser Gesellschaft nicht gebraucht zu werden.

Dass wir von dieser Landesregierung bei dem Thema Förderung der Schwächeren nicht gerade unterstützt werden, wissen wir alle. Wir sehen, was durch die frühe Selektion nach Klasse 4 erreicht wird. Bereits in den Grundschulen gibt es wieder die Angst vor dem Schulversagen. Und inzwischen wird das deutsche Schulsystem im Bereich der internationalen Organisationen durch die UNO unter dem Gesichtspunkt überprüft, ob das dreigliedrige Schulsystem und der tatsächliche Ausschluss ganzer gesellschaftlicher Gruppen von Bildungschancen für ihre Kinder gegen die Menschenrechte verstößt.

Wirtschaftsförderung

Ich habe bereits erwähnt, dass hanover-impuls sehr gute Erfolge zeigt. Und es besteht auch kein Zweifel daran, dass der Austausch von Informationen und die Bemühungen um Abstimmungen in den letzten Jahren seit Bildung der Region besser geworden sind. Trotzdem gibt es im Bereich der unterschiedlichen Aktivitäten der Wirtschaftsförderung, der Marketing-Maßnahmen und des Tourismus immer noch deutliche Reibungsverluste. Die Wirtschaft sucht eindeutige Konzepte, die ohne innere Widersprüche sein sollen und erwartet Verlässlichkeit als Voraussetzung für die Bereitschaft, sich auch selbst stärker bei der Werbung für den Standort einzubringen.

Um Klarheit zu schaffen und sicherzustellen, dass es zukünftig eine Politik aus einem Guss gibt, haben Stephan Weil und ich die Bildung der „Hannover-AG“ vorgeschlagen. Unser Ziel ist eine umfassende Bündelung strategisch bedeutender Aktivitäten der Wirtschaftsförderung von Stadt und Region. Diese Politik wollen wir mit einer Stimme nach außen vertreten. Zugleich laden wir auch Privatunternehmen ein, sich künftig noch mehr zu engagieren.

Die Hannover AG ist das Kernstück des Vorschlags. Dieses neue Unternehmen soll zu je 50 % von der Stadt und der Region Hannover gehalten werden. Aufgabe der

Hannover AG ist die Abstimmung und Bündelung der Wirtschaftsförderung von Stadt und Region. Die Hannover AG soll Eigentümer besonders wichtiger Wirtschaftsförderungsgesellschaften sein und deren Aktivitäten aus öffentlicher Sicht steuern. Durch die Errichtung der Hannover AG wird künftig ein **abgestimmtes Vorgehen von Stadt und Region** herbeigeführt. Damit werden zugleich private Partner in Zukunft einen klaren Ansprechpartner in besonderen Feldern der Wirtschaftsförderung haben, an dem sie sich verlässlich orientieren können. Die **Einbindung der Wirtschaft** soll zugleich auch über entsprechende Mandate im Aufsichtsrat sichergestellt werden. Darüber hinaus ist die **Einrichtung eines Beirates** vorgesehen, in dem die Politik (insbesondere auch aus den 21 Mitgliedsgemeinden der Region Hannover), die Wirtschaft und die Wissenschaft vertreten sein werden.

Die Hannover AG wird in fünf besonders wichtigen Sparten der Wirtschaftsförderung tätig:

- Im Bereich des **Stadt- und Regionalmarketings** wird die Hannover AG 50 % an der Hannover Marketing Gesellschaft (HMG) halten. Private Partner sollen wie bisher die weiteren 50 % tragen.
- Im Bereich des **Tourismus** ist vorgesehen, eine Hannover Tourismus GmbH zu errichten, an der wiederum Stadt und Region über die Hannover AG zu 50 % beteiligt sind und weitere private Partner ebenfalls 50 % halten.
- Im Bereich der **Strukturförderung** wird die Hannover AG die Anteile an der hannoverimpuls GmbH übernehmen. Private Partner sind unverändert eingeladen, sich ebenfalls an diesem Kernstück der Wirtschaftsförderung im Raum Hannover zu beteiligen.
- Im Bereich der **Existenzgründungen** soll die Hannover AG die Trägerschaft vorhandener Einrichtungen wie des Technologiezentrums Hannover oder des Existenzgründungszentrums übernehmen.

Schließlich soll die Hannover AG auch die Trägerschaft über die **Hannover.de GmbH** übernehmen, die einen gemeinsamen Internet-Auftritt präsentiert. Wir machen damit deutlich, dass Stadt und Region eng aneinanderrücken werden. Stephan und ich wollen, dass dieses Signal auch von den Unternehmen in der Region Hannover aufgenommen und durch eigenes Engagement noch einmal verstärkt wird.

Die Region Hannover muss sich überregional besser und selbstbewusster positionieren. Nur wenn wir gemeinsam handeln, sind wir neben Hamburg, Düsseldorf oder Mailand sichtbar.

Die neue Hannover AG soll die vorhanden Möglichkeiten weiter verbessern, aber nicht die gut funktionierenden Bereiche ersetzen. Wir werden auch weiter ein erfolgreiches Unternehmerbüro brauchen, um in Kooperation mit den lokalen Wirtschaftsförderern unser Dienstleistungsangebot zu verbessern. Wir müssen Zugriff auf Spezialisten haben, die mit Unternehmen, die in wirtschaftlich schweres Fahrwasser gekommen sind, Perspektiven und Chancen erarbeiten können. Wir brauchen die Möglichkeit, auch innerhalb der Verwaltung zu klären, warum es an manchen Stellen nicht schnell genug weiter geht und was zu tun ist, um Verfahren zu beschleunigen. Und auch Vereinigungen wie die pro Hannover Region müssen wir noch stärker nutzen, um durch das Netzwerk die wirtschaftlich Aktiven zu stärken und ihre Identifikation mit dem Standort zu stärken.

Verwaltungsreform

Das Betriebskapital der Region sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Aufgrund der vielen Aufgaben, die nach der Bildung der Region zu erfüllen waren, ist aus meiner Sicht der innere Verwaltungsreformprozess etwas zu kurz gekommen. Wir brauchen gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, weil wir die vorhandenen Aufgaben letztlich mit immer weniger Personal lösen müssen. Wir brauchen deshalb selbständig und nach Zielvereinbarungen arbeitende Kolleginnen und Kollegen, die sich als Dienstleister verstehen, soweit sie im Bereich der Leistungsverwaltung arbeiten. Die bei Problemen gemeinsam mit den Kunden in dem Dickicht der von außen stammenden Vorschriften nach einer rechtskonformen Lösung suchen.

Wir werden die Hierarchiestufen innerhalb der Verwaltung deutlich abbauen, wir werden das Arbeiten mit Zielvereinbarungen stärken, wir werden projektorientiert arbeiten und das Prinzip des Gender Mainstreaming wird als Prüfungsmaßstab für unser Tun Einzug halten.

Neben der bei sehr vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hervorragenden fachlichen Qualifikation müssen wir Kommunikationsfähigkeit, Konfliktbewältigungsstrategien und Führungsqualifikation stark in den Fokus der Fortbildungen rücken. Verbindliche Vorgesetzten-Mitarbeiter-Gespräche gehören genauso dazu wie bei Bedarf moderierte Teamentwicklungsprozesse und Vorgesetztenbeurteilungen.

Wir werden überprüfen müssen, in welchen Bereichen die tatsächlich vorhandene Multi-Kulturalität in unserer Region stärker Berücksichtigung bei der Erbringung unserer Dienstleistung als Verwaltungsbehörde finden muss. Und wir werden das Bewusstsein dafür stärken müssen, dass wir diskriminierungsfrei arbeiten.

Das gilt gleichermaßen im Bereich von Rassismus, bei der Frage des Schutzes der freien Religionsausübung und auch für den Bereich der sexuellen Orientierung.

Und aus meiner Sicht gehört es zu einem verantwortlichen Umgang und zur Wahrnehmung der Fürsorgepflicht für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass es sehr klare Vorstellungen und Linien gibt, wie man mit Suchtkrankheit umzugehen hat.

Ich bin nicht dazu bereit, wegzugucken und aus Bequemlichkeit zuzusehen, wie Menschen, die krank und abhängig sind, sich langsam zugrunde richten.

Finanzen

Die Finanzausstattung der Kommunen in der Bundesrepublik ist trotz einer leichten Entspannung immer noch alles andere als ausreichend. Wer behauptet, bei einer unverändert hohen Arbeitslosigkeit kurzfristig einen ausgeglichenen Haushalt in der Region aufstellen zu können, der lügt.

Trotzdem sind erste Erfolge bei der Konsolidierungspolitik durch die Region sichtbar. Der Haushaltsabschluss im letzten Jahr konnte um ca. 60 Mio. € verbessert werden. Deshalb werden wir auch weiterhin sparsam sein müssen, uns zum Teil von Liebgewonnenem trennen müssen. Wir werden anstrengende Qualitätsdebatten führen müssen.

Trotzdem werden wir in den Bereichen, die von besonderer Bedeutung für die Sicherung der Zukunftschancen sind, Geld in die Hand nehmen müssen, um die vorhandenen Potentiale zu sichern.

Um eine höhere Planungssicherheit für die Kommunen im Bezug auf die Regionsumlage zu erreichen, werde ich im ersten Jahr eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Kommunen einrichten, die umfassend sämtliche Finanzströme der Region untersuchen wird, um im Ergebnis Kriterien festzulegen, die dann zu einer höheren Planungssicherheit für die Umlageentwicklung führt.

Einer der ganz maßgeblichen Finanzfaktoren ist die Entwicklung der Betreuung und Unterbringung älterer Menschen. Er wird zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Demographischer Wandel

Bevor ich zu den Herausforderungen komme, will ich die Chancen durch die Tatsache, dass Menschen heute sehr viel länger gesund bleiben, ansprechen. Es wird eine Generation älter, die gesund, mit viel Erfahrung und wirtschaftlich besser abgesichert als jemals zuvor über Zeit verfügt.

Wir müssen sie einbinden in die gesellschaftliche Verantwortung und dazu motivieren, aktiv zu sein. Die Freiheit von der Last der Arbeit bedeutet nämlich nicht die Freiheit von der Mitverantwortung für die Entwicklung dieser Gesellschaft.

In dieser Entwicklung liegen riesige Chancen, zugleich aber auch Herausforderungen.

Wir werden gemeinsam mit den Städten und Gemeinden ein umfassendes und zum Teil kleinteiliges Konzept zum Umgang mit den Herausforderungen durch den demographischen Wandel erarbeiten müssen. Die Partner werden hier nicht nur die Kommunen sein, sondern wir werden gemeinsam mit den Wohnungsbauträgern, den Sozialverbänden und den Pflegeeinrichtungen ein abgestuftes, regional durchdachtes und lokal optimiertes Handlungskonzept haben müssen. Es wird von dem Ziel getragen sein, dass die Menschen möglichst lange selbst aktiv bleiben können.

Diese Forderung ist nicht nur zwingend, weil die Region Kostenträger im Bereich der Sozialhilfe ist, sie ist für die Menschen von erheblicher Bedeutung, weil die Heimunterbringung ganz häufig noch vorhandene Fähigkeiten beeinträchtigt. Eigeninitiative und die Möglichkeit, für das eigene Leben auch Planungsverantwortung zu übernehmen, gehen mit einer Heimunterbringung häufig sehr schnell verloren. Das schränkt die Lebensqualität unnötig ein. Klar ist, dass wir Heimplätze brauchen und sicherstellen müssen, dass die Angebote und die Nachfrage miteinander korrespondieren. Hier ist wieder ein abgestimmtes Handeln zwischen Städten und Gemeinden und der Region gefragt, da die Planungshoheit in den Gemeinden liegt. Wir brauchen diese Abstimmung, weil die Region als Kostenträger der Sozialhilfe die Folgen eines Pflorgetourismus tragen müsste. Am Ende würden die Kommunen das dann wieder bei an den Umlagesätzen spüren.

Ich möchte, dass ältere Menschen in unserer Gesellschaft nicht an den Rand gedrängt werden. Das gilt für die Arbeitswelt, in der Erfahrung eine wichtige Ressource ist. Und das gilt für unser Gemeinwesen, in dem insbesondere die „jungen Alten“ der Motor vieler Aktivitäten sind.

Nachhaltigkeit

Was wir tun, muss nachhaltig sein. Der Klimawandel und der Rohstoffverbrauch ist unsere größte globale Herausforderung. Es muss uneingeschränkt das Prinzip gelten „Global denken, lokal handeln“. Deshalb werden wir bei allen Investitionen darauf achten müssen, dass auf Dauer eine möglichst geringe CO2 Immission von ihnen ausgeht. Das ist nicht nur ökologisch vernünftig und eine Maßnahme, die wir den folgenden Generationen schulden. Es ist auch ökonomisch sinnvoll, weil die endlichen Rohstoffen zu immer höheren Preisen führen werden.

Der Klimaschutz ist zu einem Aushängeschild der Region Hannover geworden. Wir haben früher als andere und mehr als andere in erneuerbare Energien investiert. Das war gut so. Nur eine Politik, die auf Wind und Sonne, auf neue Technologien und vor allem auf Energieeinsparungen setzt, wird ökologisch und ökonomisch erfolgreich sein!

Regionalplanung

Als Träger der Regionalplanung haben wir die besten Möglichkeiten, den Veränderungsprozess in unserer Region gemeinsam zu steuern. Bei meinen Besuchen in den Kommunen habe ich überall sehr gute Rückmeldungen zur Arbeit von Axel Priebes gehört und auch in den beiden konfliktträchtigsten Bereichen „Großflächiger Einzelhandel“ und „Einfamilienhaus-Wohnbauentwicklung“ ist es meistens gelungen, Lösungen zu finden, die die unterschiedlichen Interessenlagen berücksichtigen.

Ich beabsichtige, den dort eingeschlagenen Weg fortzusetzen und sicherzustellen, dass wie in der Vergangenheit nicht nur auf Pläne geguckt wird, sondern auch tatsächliche Chancen und gesellschaftliche Wirklichkeit hinreichend in die Entscheidungen einbezogen werden.

Dass eine Siedlungsentwicklung vorrangig dort stattfinden soll, wo ein gut ausgebauter ÖPNV vorhanden ist, versteht sich von selbst, um sicherzustellen, dass das vorhandene Angebot weiter aufrecht erhalten werden kann.

Privatisierung

Ich will an dieser Stelle noch einmal eindeutig wiederholen, was ich auch im vergangenen Jahr umfassend ausgeführt habe. Ich bin kein Freund von Privatisierung. Mir reicht es nicht, wenn Politik noch Dienstleistungen bestellen darf, aber bei der Art der Ausgestaltung und Erbringung und bei den Bedingungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer außen vor bleibt.

Insbesondere in den Bereichen, in denen es Quasi-Monopole gibt wie im Schienenverkehr, ist es ein Trugschluss zu glauben, dass man dauerhaft preiswerter fährt, wenn man es den Privaten überlässt.

Wir haben im Energiemarkt gesehen, wohin so etwas führt. Ich bin froh, dass in der Region Hannover die meisten den Mut hatten, ihre Stadtwerke nicht zu verkaufen. Diese Entscheidungen haben sich ausgezahlt!

Es wird ein fortwährender Prozess sein, sowohl aus Sicht der Firmenleitung, aber auch aus Sicht der Arbeitnehmer, sich den veränderten geschäftlichen Rahmenbedingungen zu stellen, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Wenn diese Bereitschaft besteht, habe ich keine Zweifel, dass kommunale Unternehmen auch auf lange Sicht mit qualifizierten und gut motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Aufgaben der Daseinsfürsorge erfolgreich erfüllen werden. Dann wird der Weg der wirtschaftlich orientierten Direktvergabe der Weg der Zukunft sein.

Wir werden überprüfen müssen, ob die erwarteten Ziele durch die Partnerschaft in der Intalliance eingetreten sind und wenn dies nicht der Fall ist, ob es realistisch ist, dass diese eintreten werden. Nach der BGH-Entscheidung zur kartellrechtlichen Frage wird allerdings zu prüfen sein, ob es für die Intalliance eine Zukunft gibt. Dieser Prozess muss sorgfältig und in Ruhe stattfinden. Gegebenenfalls muss man allerdings auch die Kraft für Korrekturen auf einem einmal eingeschlagenen Weg aufbringen.

Klinikum

Das, was für die Erbringung von Dienstleistungen im öffentlichen Nahverkehr gilt, gilt natürlich auch für das Krankenhauswesen. Ich bin froh über das erreichte im Klinikum Hannover, hier möchte ich Pico Jordan und den Gesundheitspolitikern in der Region ausdrücklich danken. Für mich gilt die klare politische Ansage, dass es keine Standortschließungen bei den Kliniken geben wird. Ich halte das Konzept, das gute medizinische Versorgung in der gesamten Region sicherstellt und zugleich die Kooperation und Schwerpunktbildung in den einzelnen Kliniken so abstimmt, dass sie erfolgreich wirtschaften können, für richtig.

Dass damit trotzdem ein Abbau von Arbeitsplätzen insbesondere in der Verwaltung einher geht, ist beschäftigungspolitisch falsch, betriebswirtschaftlich aber unvermeidbar. Wenn wir auf Dauer mit unseren Einrichtungen existieren wollen, müssen wir dem Wettbewerb standhalten.

An dieser Stelle kann ich nicht umhin, etwas zu dem Beschluss der Regionsversammlung zur Privatisierung der Pflegeheime in regionaler Trägerschaft zu sagen. Ich bedauere es außerordentlich, dass es bereits so weit gekommen ist, diesen Grundsatzbeschluss zu fällen. Ich habe allerdings die Hoffnung, dass die Spitze der Regionsverwaltung und ver.di die Kraft aufbringen, sich zusammzusetzen und tatsächlich und intensiv zu untersuchen, ob es ein mittelfristig wirtschaftlich tragfähiges Konzept geben kann, den Bestand der Pflegeheime in kommunaler Trägerschaft zu sichern.

Mein Eindruck von außen ist, dass nicht zuletzt bedingt durch den langfristigen Tarifvertrag bis 2011 bei einigen der Akteure nicht erkannt wurde, wie ernst die Frage um die Wettbewerbsfähigkeit und die Kostenseite der Region ist.

Ich hoffe, dass es gelingt, bevor die weitere Umsetzung zu beschließen ist, eine Lösung zu finden, die den Verbleib der Pflegeheime in öffentlicher Trägerschaft sichert.

Das setzt voraus, dass Kosten, Investitions- und Einnahmeentwicklungen betrachtet werden und nach Lösungen gesucht wird, wie das zur Zeit vorhandene Defizit zumindest erheblich reduziert werden kann. Ich erwarte, dass alle Beteiligten jetzt die Kraft aufbringen, nicht die gescheiterten Gespräche der Vergangenheit in ihren Köpfen zu bewegen, sondern konstruktiv nach einer Lösung für die Zukunft zu

suchen. Einer Lösung, die unserer Verantwortung für die Menschen und für die Finanzen gleichermaßen gerecht wird.

Lebensqualität – Kultur - Freizeit

Wir werden sehr viel stärker als früher klar machen müssen, welche Lebensqualität in unserer Region vorhanden ist. Dadurch, dass sich die äußeren Rahmenbedingungen innerhalb Europas zunehmen angleichen, wird es immer wichtiger, deutlich zu machen, welche Qualitäten die Region Hannover bei den sogenannten weichen Standortfaktoren zu bieten hat. Das geht los mit hervorragenden Bildungseinrichtungen in den Städten und Gemeinden und wird gestärkt durch die Möglichkeiten, selbst z. B. im Sportbereich aktiv zu werden, aber auch als Zuschauer an Sportveranstaltungen teilzunehmen. Es geht weiter über sehr gute Naherholungsmöglichkeiten im Deister, am Steinhuder Meer oder in den unendlichen Weiten von Neustadt und der Wedemark.

Wir haben eine Museenlandschaft, die im Bereich der Moderne auch internationalen Vergleichen locker standhält. Es gibt ein sehr gutes Opernhaus und ein vielfältiges Schauspielangebot. Wir sind einer der stärksten Konzertstandorte und eine der Jazzhochburgen.

Es gibt in vielen Städten der Region sehenswerte oder hörenswerte Kulturprogramme, die von Kommunen, Vereinen oder Privaten organisiert werden. Sei es die Mimuse in Langenhagen oder die Veranstaltungen in Bennisen, bei denen Ort, Inhalt und Veranstalter zu einem Gesamtkunstwerk verschmelzen. Das alles läuft oft nebeneinander her, die Vielfalt und die Qualitäten werden zu wenig deutlich.

Deshalb müssen wir das Vorhandene stärken, in dem wir es besser vermarkten. Und wir müssen mit unseren Aktivitäten als Region die Strahlkraft nach außen verbessern. Es reicht nicht mehr, dass wir in der Region uns wohlfühlen und wissen, wie gut man hier lebt. Wir werden deutlich mehr dafür tun müssen, dieses auch anderen klar zu machen.

Als guten konzeptionellen Ansatz will ich hier das Konzept Gartenregion 2009 nennen. Wir haben mit den Herrenhäuser Gärten in Hannover nicht nur die bundesweit zweitbedeutendste Gartenanlage nach Potsdam im Zentrum unserer Region. Wir haben insgesamt 22 Park- und Gartenanlagen in der Region Hannover, die es wert sind, besucht zu werden.

Und aufbauend auf dem vorhandenen soll Geld in die Hand genommen werden, um ein einmaliges Programm der Vielfalt und der Stärke zu erstellen, mit dem wir gemeinsam bundesweit für uns werben wollen. Was an diesem Konzeptansatz wichtig ist, ist dass das Rad nicht neu erfunden wird. Wir bauen auf die vorhandenen Potentiale, stärken sie und bündeln die Vermarktung.

Und die Gartenregion 2009 wird nicht nur außerhalb der Region für eine erhebliche Aufmerksamkeit sorgen, sondern wird auch dazu beitragen, dass die Menschen, die in der Region Hannover leben, mehr aus ihrer Region kennen lernen.

Und weil es um das Thema gehen wird, die vorhandenen Stärken auszubauen, will ich an dieser Stelle noch einmal sehr klar feststellen, dass für mich der Bau von Yukon Bay unverzichtbar ist. Der Zoo Hannover hat eine nationale Bedeutung ersten Ranges bekommen und das Erreichte hier leichtfertig aufs Spiel zu setzen, wäre sträflich. Yukon Bay zu bauen, wird unter den vorhandenen finanziellen

Rahmenbedingungen nicht einfach. Yukon Bay nicht zu bauen, wäre unter den gegebenen Rahmenbedingungen einfach sträflich.

Es ist nur scheinbar ein innerer Widerspruch, trotz knapper Kassen erfolgreich sein zu wollen und zugleich mehr Geld für Kultur und Lebensqualität zur Verfügung zu stellen. Erstens geht es auch um die Frage der Folgekosten. Da kann es durchaus sinnvoll sein, am Anfang mehr zu investieren. Darüber hinaus ist ja nicht Sparsamkeit der Inhalt unserer politischen Ziele, sondern eine erfolgreiche prosperierende Region, in der es Arbeit für die Menschen gibt und in der sie sich wohlfühlen.

Aus meiner Sicht sind sowohl die Gartenregion als auch Yukon Bay nicht nur sinnvoll sondern notwendig.

Ich habe bereits im letzten Jahr das Bild des Lotsen benutzt, das für mich die Rolle des Regionspräsidenten nach außen sehr gut beschreibt.

Der Lotse kommt auf fremde Schiffe, wenn er angefordert wird, um ihnen zu helfen, Untiefen und Klippen zu umfahren. Er begleitet sie auf dem Weg zu einem Ziel, das nicht er sondern der Eigner festgelegt hat.

Der Lotse muss dafür sein Gebiet sehr gut kennen, er ist aber auf den fremden Schiffen für deren Ladung nicht verantwortlich.

Es reicht aber nicht, wenn der Lotse die Tücken des Reviers kennt, er muss auch erkennen, welche Leistungen das Schiff und die Mannschaft bringen können, um sie erfolgreich zu dem von ihnen gewünschten Ziel bringen zu können. Der Erfolg ist gegeben, wenn das vom Eigner gewünschte Ziel schnell und sicher erreicht wird.

Das ist anders in der eigenen Regionsverwaltung und in den der Region gehörenden wirtschaftlichen Unternehmungen. Dort ist der Regionspräsident nicht nur Lotse, sondern auch Kapitän. Und der Kapitän hat die Aufgabe, das mit der Regionsversammlung – den Gesellschaftervertretern – vereinbarte Ziel zu erreichen. Er ist anders als der Lotse für die Mannschaft und den Inhalt verantwortlich. Weil es sein Heimatrevier ist, braucht er keinen Lotsen. Er braucht eine gute Mannschaft, deren Arbeit vom 1. Offizier bis hin zum Maschinisten gleichermaßen bedeutsam ist, um erfolgreich zu sein. Und deshalb muss er ein auch ein Teamspieler sein.

Der Erfolg wird messbar sein.

Wir haben erfolgreich gearbeitet, wenn wir eine der prosperierenden Regionen innerhalb Europas sind.

Durch die Bildung der Region sind die Grundlagen gelegt, durch die Infrastruktur, die Bildungs- Hochschul-, Forschungseinrichtungen die Wirtschaftskraft sowie die Freizeit und Lebensqualität sind die Voraussetzungen für den Erfolg gegeben. Es ist unsere Aufgabe, die vorhandenen Chancen und Möglichkeiten zu nutzen und die Zukunft erfolgreich zu gestalten.

Ich bin dazu bereit, die Verantwortung für diesen Weg zu übernehmen und bitte euch, gemeinsam mit mir dafür zu kämpfen, dass diese Region Hannover eine erfolgreiche Region bleibt, in der
Solidarität,
Gerechtigkeit

neben Dialogfähigkeit,
Leistungsbereitschaft und
Ideenreichtum tragende Eigenschaften sind.

Sozialdemokraten haben die Grundlage für diese Region gelegt. Wir wollen sie auch erfolgreich in die Zukunft führen.

Ich danke euch für die Aufmerksamkeit